

FDP-Bundestagsfraktion_Platz der Republik_11011 Berlin

Herrn
Peter Böttcher
Postfach 10 71 03

28071 Bremen

Berlin, 24. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Böttcher,

der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Guido Westerwelle, MdB, hat mich gebeten, Ihnen auf Ihre E-Mail zum Thema „Kampfhunde“ zu antworten.

Da dieses Thema in den Medien in Teilen sehr reißerisch dargestellt worden ist, hat es sowohl bei Hundehaltern als auch den Opfern von Hundeangriffen viele Emotionen hervorgerufen. Nachdem in Hamburg im Sommer 2000 ein sechsjähriger Junge von einem Hund tot gebissen wurde, drang die Bundesregierung zu einer schnellen Verabschiedung eines Gesetzes.

Schon damals wurde an dieses Thema nicht mit der notwendigen Sachlichkeit und Sorgfalt herangegangen und so kam es zu einer gesetzlichen Regelung, die später vom Bundesverfassungsgericht teilweise für verfassungswidrig erklärt wurde.

Die FDP hat seinerzeit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung über die Bekämpfung gefährlicher Hunde als einzige Partei nicht zugestimmt. Die Argumente gegen das Gesetz und die Position der FDP haben sich seit dem nicht grundlegend geändert.

Folgende Punkte sind für uns entscheidend:

1. Verzicht auf Rasselisten
2. Hunde-TÜV

Frank Fischer
Referent für
Rechtspolitik

Besucheradresse
Dorotheenstr. 101
Berlin-Mitte

Telefon
(030) 227-52414
(030) 227-52863

Fax
(030) 227-56212

E-Mail
fischer@
fdp-bundestag.de